

**Stadt Bergisch Gladbach  
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich <b>Jugend und Soziales</b>	Datum 03.12.2001
	Schriftführer                      Telefon-Nr. Sabine Biesenbach <b>02202/142847</b>
<b>Niederschrift</b>	
<b>Jugendhilfeausschuss</b>	<b>Sitzung am Donnerstag, dem 29. November 2001</b>
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)  17:00 Uhr – 18:51 Uhr
<b>Sitzungsteilnehmer</b> Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
<b>Tagesordnung</b>	

**A      Öffentlicher Teil**

- 1.      Eröffnung der Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit**
- 2.      Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 3.      Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 13.09.2001 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-  
739/2001**
- 4.      Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**
- 5.      Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-  
741/2001**
- 6.      Anerkennung des Vereins "Parität - Paritätischer Trägerverein Leverkusen, Oberberg, Rheinberg e.V." als Träger der freien Jugendhilfe und als finanzschwacher Träger sowie Übertragung der Trägerschaft der Schulkinderhäuser Am Broich in Gladbach und Eichelstraße in Bensberg von dem Verein "Freizeit Aktiv e.V." auf den Paritätischen Trägerverein  
747/2001**
- 7.      Mehrkosten beim Bau des DRK-Jugendtreffs Franz-Heider-Straße, Paffrath Bürgschaft für das DRK zur Aufnahme von Finanzmitteln zur Kostendeckung**

749/2001

8. **Maßnahmebeschluss für die Errichtung des Spielplatzes Auf'm Büchel / Franz-Heider-Straße**  
746/2001
9. **Änderung von Regelungen zur Förderung der Tagespflege**  
748/2001
10. **Sachbericht der Jugendberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. - Berichtszeitraum: 01.08.2000 - 31.07.2001**  
720/2001
11. **Fortsetzung der Vereinbarung bezüglich der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Suchtprävention und der Sexualpädagogik**  
737/2001
12. **Anregung vom 31.05.2001, aus Gründen des Jugendschutzes keine städtischen Werbeflächen mehr für Tabakwerbung zur Verfügung zu stellen**  
**Antragsteller: Prof. Dr. med. Ekkehard Schulz, Hungenberg 29, 51429 Bergisch Gladbach und 60 Mitunterzeichner/innen**  
745/2001
13. **Antrag der Fraktion KIDitiative vom 18.06.2001 zur Vermietung des Ratskellers des Rathauses Bergisch Gladbach als a) Raum für private Feiern und b) Proberaum für Musikgruppen**  
743/2001
14. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

---

**B**     **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend - nichtöffentlicher Teil-**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
3. **Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**
4. **Finanzierung der Umbaukosten für die Kindertagesstätte "Alte Wache" des Deutschen Roten Kreuzes in Gladbach, Hauptstraße 270**  
557/2001
5. **Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -nichtöffentlicher Teil-**

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung der Sitzung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und Beschlussfähigkeit

- @-> Die Verwaltung legt auf den Plätzen der Ausschussmitglieder aus:
- die aktualisierte Liste der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)
  - die aktualisierte Auflistung der E-Mail-Adressen der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss)
  - einen Vordruck, mit dem die Mitglieder der Schriftführerin Änderungen mitteilen können, die die Daten in genannten Listen betreffen.
  - das Faltblatt des *Seniorenbeirats* der Stadt Bergisch Gladbach *Älter werden ist die natürlichste Sache der Welt. Alt sein ist schon schwieriger . . .* Die Broschüre liegt in den Broschürenständern im Eingangsbereich der Stadthäuser und den Bürgerbüros öffentlich aus. Sie kann bei Bedarf im Seniorenbüro unter der Telefonnummer 02202/14 24 51 bei Frau Wewer angefordert werden.

Herr Köchling verteilt das Faltblatt des *Netzwerks Wohnungsnot Rheinberg* mit dem Titel *Fahrradwerkstatt – Trainings- und Motivierungsmaßnahme*.

TOP A 1

Frau Bendig eröffnet die 13. Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) in der 6. Ratsperiode um 17:08 Uhr. Sie begrüßt die Anwesenden und teilt mit, dass sich die fehlenden Ausschussmitglieder entschuldigt haben. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

#### 2 <-@ Genehmigung der Niederschrift im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

- @-> Die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) vom 13.09.2001 wird in der vorliegenden Fassung genehmigt.

#### 3 <-@ Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung am 13.09.2001 im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

#### 4 Mitteilungen der Vorsitzenden für den Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

- @-> Frau Bendig teilt mit, dass sie die Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses (Ju-

gendhilfe- und Sozialausschuss) am 12.12.2001 zum Thema Jugendhilfeplanung nicht leiten kann. Ihre Vertretung wird Herr Hoffstadt übernehmen.

<-@

## 5 Mitteilungen der Bürgermeisterin im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-

@-> Herr Hastrich verweist zunächst auf die Mitteilungsvorlage sowie die verteilten Listen und Faltblätter.

Weiterhin teilt er mit, dass die Anregung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) aus der Sitzung vom 13.09.2001, für die Sondersitzung am 12.12.2001 einen Sitzungsort mit Tagungscharakter zu wählen, von der Verwaltung geprüft wurde. Im Hinblick auf die Haushaltslage der Stadt soll die Sitzung im Ratsaal Bensberg stattfinden, dessen Nutzung für Ausschusssitzungen kostenfrei ist. Die Verwaltung wird die Sitzung mit einer geschätzten Dauer von 17:00 bis ca. 21:00 Uhr so gestalten, dass eine Pause vorgesehen wird, in der mit Unterstützung der Jugendwerkstatt ein Imbiss gereicht wird. Herr Hastrich teilt mit, dass die Einladung zur Sondersitzung umgehend verschickt wird. Die wesentlichen Inhalte der Vorlagen werden am Sitzungstag durch verschiedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes medienunterstützt vorgetragen.

Zu Punkt 3 der Mitteilungsvorlage „Nachbarschaftsveranstaltung in Schildgen“ begrüßen die Ausschussmitglieder die Vorgehensweise, Konflikten mit einer moderierten Veranstaltung gemeinwesen- und sozialraumorientiert entgegen zu treten. Sie regen an, dies auch auf andere Bereiche auszudehnen – beispielsweise um Spannungen zwischen den Bewohnern abzubauen, die in Punkt 8 der Mitteilungsvorlage „Spiel- und Bolzplatz Kurt-Schumacher-Straße“ beschrieben sind.

Herr Zenz stimmt zu, dass die Moderationsmethode auch hier hilfreich eingesetzt werden könnte. Ziel sollte sein, die Maximalforderungen der Bewohner einerseits, den Spielplatz an der vorgesehenen Stelle zu verhindern und der Kinder und Jugendlichen andererseits, eine Spielplatz dort zu errichten, aufzubrechen und in einen Dialog einzutreten.

In diesem Zusammenhang weist Herr Hoffstadt im Beisein der Mitarbeiterin und des Mitarbeiters der Mobilen Offenen Jugendarbeit darauf hin, dass sich im Bereich der Kurt-Schumacher-Straße an der Bushaltestelle regelmäßig Jugendliche treffen, die bisher offenbar nicht von der Mobilen Offenen Jugendarbeit angesprochen wurden. Herr Hoffstadt berichtet, dass in diesem Wohnbereich zurzeit Ladenlokale leer stehen. Er regt an zu überlegen, ob sie in Absprache mit den Eigentümern übergangsweise als Treffpunkt für Jugendliche angemietet werden könnten.

Herr Zenz erläutert, dass die Mobile Offene Jugendarbeit zu den Jugendlichen Kontakt sucht. Aufgrund ihres Alters sind die genannten Jugendlichen im Unterschied zu jüngeren Jugendlichen und Kindern nicht gewillt, sich an das sozialpädagogische Angebot zu binden.

Im Hinblick auf die beabsichtigte Anlegung des Spielplatzes an der Kurt-Schumacher-Str. weist Herr Hoffstadt darauf hin, dass das vorgesehene Grundstück bereits jetzt von Kindern zum Spielen genutzt wird. Im Zusammenhang mit den sich ankündigenden Nachbarschaftskonflikten regt Herr Hoffstadt an, die Fläche zunächst durch das

Bauleitplanverfahren abzusichern. Bevor jedoch konkrete Planungen für eine übliche Ausgestaltung als Spielplatz begonnen werden, sei es wichtig, darüber nachzudenken, ob Art und Maß der Ausgestaltung des Spielplatzes Einfluss auf seine Akzeptanz bei den Bewohnern haben könnten.

Frau Schöttler-Fuchs führt zu Punkt 4 „Mehrkosten bei der baulichen Erweiterung der Kleinen Offenen Tür Schildgen“ aus, dass sie anlässlich einer Ortsbesichtigung festgestellt hat, dass der Jugendraum besser an der Stelle konzipiert worden wäre, an der nun das Büro entsteht. Zudem hätte der Jugendraum schallgedämmt hergestellt werden sollen, um Konflikte mit der Nachbarschaft zu vermeiden. Beides hätte dem Bedürfnis der Jugendlichen, bei ihren Treffen laut Musik zu hören, stärker entgegen gekommen.

Herr Köchling merkt zu Punkt 6 der Mitteilungsvorlage „Laufende Projekte mit zukünftigem, städtischen Zuschussbedarf“ an, dass die Innovationskraft der freien – auch überregional tätigen – Träger, neue Projekte zu entwickeln, nicht an den finanziellen Möglichkeiten der Stadt enden dürfen. Nötigenfalls müssten Prioritäten gesetzt werden.

Herr Hastrich weist darauf hin, dass es Aufgabe der Jugendhilfeplanung ist, alle Maßnahmen zu erfassen und zu bedenken, die in der Stadt für Jugendliche und Familien angeboten werden. Für die Stadt ist es wichtig zu wissen, ob bei neu anlaufenden und zunächst anderweitig finanzierten Projekten später eine städtische Mitfinanzierung erwartet wird. Nur so kann frühzeitig und ohne zeitlichen Druck in den Gremien überlegt werden, welche Prioritäten gesetzt werden sollen und entsprechend geplant werden. Die derzeitige Haushaltssituation zwingt dazu, Maßnahmen auch unter finanziellem Aspekt zu betrachten.

Herr Hoffstadt unterstreicht, dass die Inhalte, die Herr Hastrich vorgetragen hat, politisch gewollt waren. Er verweist auf die finanzielle Gesamtverantwortung der Ratsmitglieder für die Belange der Stadt.

Herr Kotulla konkretisiert, dass aufgrund der immer dramatischer werdenden Haushaltssituation keine Finanzierungszusagen für neue Projekte getroffen werden können. Vielmehr wird es aus heutiger Sicht erforderlich werden, Prioritäten sogar für die Fortführung laufender Projekte setzen zu müssen.

Herr Neuheuser lobt die unter Punkt 5 der Mitteilungsvorlage noch einmal dargestellten Veranstaltungen anlässlich des Weltkindertages. Er spricht Frau Thometzki-Krebs seinen Dank für ihr Engagement aus.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

- <-@**
- 6 Anerkennung des Vereins "Parität - Paritätischer Trägerverein Leverkusen, Oberberg, Rheinberg e.V." als Träger der freien Jugendhilfe und als finanzschwacher Träger sowie Übertragung der Trägerschaft der Schulkinderhäuser Am Broich in Gladbach und Eichelstraße in Bensberg von dem Verein "Freizeit Aktiv e.V." auf den Paritätischen Trägerverein**

**@->** An der Beratung und Abstimmung nimmt Herr Kikol wegen Befangenheit nicht teil.

Er begibt sich in den Zuhörerbereich.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

<-@

- @->
1. Der Verein „Parität - Paritätischer Trägerverein Leverkusen, Oberberg, Rheinberg e.V.“ wird gemäß § 75 Kinder- und Jugendhilfegesetz als Träger der freien Jugendhilfe anerkannt.
  2. Der Verein „Parität - Paritätische Trägerverein Leverkusen, Oberberg, Rheinberg e.V.“ wird als finanzschwacher Träger gemäß §§ 13 (4) und 18 (4) Kindertagesstättengesetz (GTK) anerkannt.
  3. Dem Verein „Parität - Paritätischen Trägerverein Leverkusen, Oberberg, Rheinberg e.V.“ wird zum 01.01.2002 die Trägerschaft über die Schulkinderhäuser Am Broich in Gladbach und Eichelstraße in Bensberg übertragen.

Herr Kikol kehrt an seinen Platz zurück.

<-@

7 **Mehrkosten beim Bau des DRK-Jugendtreffs Franz-Heider-Straße, Paffrath  
Bürgschaft für das DRK zur Aufnahme von Finanzmitteln zur Kostendeckung**

- @->
- An der Beratung und Abstimmung nehmen Frau Münzer und Herr Dr. Molitor wegen Befangenheit nicht teil. Sie begeben sich in den Zuhörerbereich.

Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, lässt Frau Bendig über den dreiteiligen Beschlussvorschlag insgesamt abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

<-@

- @->
- Es wird zur Kenntnis genommen, dass beim Bau des Jugendtreffs des Deutschen Roten Kreuzes in Paffrath Mehrkosten zu erwarten sind.

Die Stadt Bergisch Gladbach ist grundsätzlich bereit, für ein vom DRK aufzunehmendes Darlehen in Höhe von bis zu 250.000 DM eine Bürgschaft zu übernehmen. Dies geschieht unter dem Vorbehalt, dass durch die Aufsichtsbehörden keine Bedenken geäußert werden und das DRK den Nachweis erbringt, dass der Schuldendienst aufgebracht werden kann.

Frau Münzer und Herr Dr. Molitor kehren in die Sitzungsrunde zurück.

<-@

8 **Maßnahmebeschluss für die Errichtung des Spielplatzes Auf'm Büchel / Franz-**

## Heider-Straße

@-> Herr Kotulla unterstreicht ausdrücklich den Finanzierungsvorbehalt, unter dem die Maßnahme wegen der dramatischer werdenden Haushaltssituation steht.

Frau Wöber-Servaes hinterfragt den finanziellen Umfang von ca. 254.000 DM für die Maßnahme. Insbesondere Punkt 9 der Kostenschätzung „Ausstattungsgegenstände“ bittet sie zu präzisieren. Nach Meinung der CDU-Fraktion sollten im Hinblick auf die Haushaltssituation und in Kenntnis der Tatsache, dass noch weitere Spielplätze zur Ausgestaltung anstehen, für diesen Spielplatz höchstens 200.000 DM an Kosten akzeptiert werden. Sie schlägt vor die Verwaltung zu beauftragen, nach einer kostengünstigeren Lösung zu suchen. Zudem merkt sie an, dass elementare Ausstattungsgegenstände wie Bänke sowie ein Dach, unter dem Kinder bei Regen Schutz suchen könnten, im vorgelegten Entwurf fehlen.

Herr Zenz bestätigt, dass versucht werden sollte, einen Spielplatz so preiswert wie möglich zu erstellen. Er gibt zu bedenken, dass im vorliegenden Fall eine große Fläche von 2.300 qm zu beplanen war. Da die vorgefundene ebene Fläche als Spielfläche unattraktiv ist, war zunächst – auch unter Berücksichtigung einer zuvor durchgeführten Kinderbeteiligung – ein Gestaltungsaufwand von 320.000 DM angesetzt worden. Die Kosten konnten durch ein kleiner dimensioniertes Hauptspielgerät gesenkt werden.

Punkt 9 der Kostenschätzung „Ausstattungsgegenstände“ in Höhe von 101.790,00 DM präzisiert Herr Zenz wie folgt:

Klettergerät „Kontiki“ á 60.000 DM, Spirale am Matschtisch á 3.500 DM, Findlinge zur Herstellung der Klettermauer insgesamt 5.000 DM, Schaukelnest á 5.500 DM, Hangrutsche á 6.500 DM, Seilbahn á 4.500-5.000 DM, Herstellung des Bachlaufs rd. 12.000 DM. Dies ergibt rd. 100.000 DM. Zusätzlich sind Erdarbeiten für rd. 60.000 DM sowie Pflanz- und Pflanzarbeiten (Pos. 4-8) in Höhe von über 50.000 DM zu berücksichtigen. Dabei schlagen allein die Fertigstellungs- und Entwicklungspflege für die Anpflanzungen (Pos.7 und 8) während der 5 Folgejahre nach Errichtung mit 26.000 DM zu Buche.

Die Maßnahme soll nach Vorstellung der Verwaltung in einem Zug verwirklicht werden. Die Kosten lassen sich auf zwei Haushaltsjahre verteilen. Ein großer Teil der Kosten wird durch das Haushaltsjahr 2001 abgedeckt. Zu Lasten des Haushaltsjahres 2002 wurde eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von ca. 120.000 DM vorgesehen. Mithin kann die Maßnahme finanziert werden. Würde der Zuschuss für den Bereich „Stadtgrün“ um entsprechende Beträge gekürzt, wäre die Maßnahme allerdings gefährdet.

Die Vertreter der SPD-Fraktion sowie der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und der KIDinitiative machen deutlich, dass sie die Umsetzung der Maßnahme zu einem ansprechenden Standard wünschen. Es sei auch zu beweisen, dass Anregungen und Wünsche, die von Kindern im Rahmen der Partizipation vorgebracht werden, ernst genommen werden und an deren Umsetzung gearbeitet wird. Zudem beinhaltet der Beschlussvorschlag bereits den Finanzierungsvorbehalt.

Herr Kotulla berichtet von einem Gespräch, bei dem auch der für die Kommunalfinanzen zuständige Innenminister zugegen war. Es wurde deutlich gemacht, dass sowohl auf Landes- als auch auf kommunaler Ebene Standards abgebaut werden müs-

sen, weil mit einer Verbesserung der finanziellen Lage für die nächsten Jahre nicht zu rechnen sein wird. Für die Stadt Bergisch Gladbach bedeutet dies, dass alles versucht werden muss, um die Stadt vor der Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen, zu bewahren.

Herr Hoffstadt sieht die Zuständigkeit des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) als Fachausschuss für die Beurteilung der Art und Ausstattung von Spielplätzen. Diskussionen hierüber sollten im Zusammenhang mit der Jugendhilfeplanung geführt werden. Herr Hoffstadt stellt fest, dass die Stadt in Zeiten knapper Finanzmittel ihre Investitionstätigkeit nicht gänzlich aufgeben wird, so dass der Rat Prioritäten setzen muss, nach denen Investitionen getätigt werden sollen. Für Beratungen dieser Art ist der Finanz- und Liegenschaftsausschuss der zuständige Fachausschuss.

Frau Bendig macht deutlich, dass es wichtig ist, einen Spielplatz zu bauen, der Kinderwünschen entspricht. Dennoch betont sie die pädagogische Notwendigkeit, Kindern im öffentlichen wie auch im privaten Bereich in der Wunscherfüllung Grenzen aufzuzeigen.

Herr Dr. Molitor weist auf die Unfallgefahren hin, die von Seilbahnen auf Kinderspielplätzen ausgehen. Es müsse vielmehr überlegt werden, welche Anforderungen gegeben sein müssen, um Kinder zu kreativem Tun anzuregen. Seiner Ansicht nach ist es ein wichtiges Kriterium, einfach Platz zum Spielen zur Verfügung zu haben.

Frau Münzer bittet, nicht an der Ausstattung mit Spielgeräten, sondern an den Kosten für die Bepflanzung zu sparen. Durch die Einrichtung einer Pflanzenbörse könnten Bürger gebeten werden, kostenlos Pflanzen abzugeben.

Herr Neuheuser ergänzt dies durch die Anregung, Eltern für die Durchführung der Vorarbeiten zu gewinnen.

Herr Hastrich weist darauf hin, dass es sich bei dem vorgelegten Spielplatzentwurf bereits um einen Kompromiss zwischen vorgetragenen Kinderwünschen, qualitativ vertretbarer Spielplatzplanung unter Berücksichtigung der Unfallverhütungsvorschriften und den finanziellen Möglichkeiten der Stadt handelt. Er sagt zu, die Anregungen zur Kostenersparnis verwaltungsseits zu prüfen und im Zuge der weiteren Beratung einen neuen Vorschlag oder alternative Vorschläge zu unterbreiten. Aus Zweckmäßigkeitsgründen schlägt er vor, den Maßnahmebeschluss in der Sitzung zu fassen. Korrekturen finanzieller Art könnten in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 28.02.2002 vorgenommen werden, in der ohnehin der Haushalt 2002 beraten wird.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig mit einer Enthaltung folgenden gegenüber dem Beschlussvorschlag ergänzten

### **Beschluss:**

**<-@**

@->

Der Spielplatz Auf'm Büchel soll, wie in der Planskizze dargestellt errichtet werden. Für die Errichtung des Spielplatzes wird ein Betrag von 226.000 DM veranschlagt der aus dem Spielplatzetat zur Verfügung gestellt wird.

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) am 28.02.2002 alternative Entwürfe vorzulegen, die Möglichkeiten zur Kostenreduzierung aufzeigen.

9 <-@  
**Änderung von Regelungen zur Förderung der Tagespflege**

@-> Herr Hoffstadt begrüßt die Regelungen zur Tagespflege. Er fragt an, ob die ausgebildeten Tagesmütter ein Zertifikat erhalten.  
Die Beantwortung der Anfrage ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Weiterhin bittet er, der Niederschrift das Kursprogramm zur Ausbildung der Tagesmütter beizufügen. Auf die Anlage 2 zur Niederschrift wird verwiesen.

Auf Anfrage von Frau Wöber-Servas erläutert Herr Zenz, dass es bisher keine zusätzliche Vergütung für Tagesmütter gibt, die Kinder mit zusätzlichem Betreuungsaufwand betreuen. Mit den vorgelegten Regelungen wird erstmals eine derartige Vergütungsmöglichkeit geschaffen. Damit soll erreicht werden, andere, teurere Unterbringungsmöglichkeiten für Kinder mit erhöhtem Betreuungsaufwand zu vermeiden.

Herr Hastrich merkt an, dass die vorgelegten Regelungen ein Beispiel für sein Verständnis von Jugendhilfeplanung sind, indem durch qualitative Verschiebungen und ohne Aufwendung zusätzlicher finanzieller Mittel Verbesserungen erreicht werden können.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

<-@  
@-> Die Stadt Bergisch Gladbach fördert die Tagespflege von Kindern entsprechend den in der Vorlage genannten Regelungen.

10 <-@  
**Sachbericht der Jugendberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. - Berichtszeitraum: 01.08.2000 - 31.07.2001**

@-> Frau Lehnert lobt die Mitteilungsvorlage, die einen guten Einblick in die Arbeit der Jugendberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Rheinisch-Bergischer Kreis e.V. ermöglicht.  
Bezüglich ihrer Frage nach personellen Konsequenzen, die mit dem Ausbau des Tätigkeitsbereichs „Kooperation Jugendberatung und Schule“ einher gehen, erläutert Herr Buhleier, dass die Einzelberatungen im Gegenzug nicht ausgeweitet werden können. Dennoch bleibt garantiert, dass jeder Jugendliche, der Beratung wünscht, sie auch erhält. Herr Buhleier versichert, dass es keine Wartelisten gibt.  
Zudem wird das Beratungspersonal mit der Methodik des Zeitmanagements vertraut gemacht, um die verfügbare Arbeitszeit noch effektiver nutzen zu lernen.

Als Vertreter der Schulen im Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) begrüßt Herr Broch das starke Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendberatungsstelle. Es müsse weiter an der Abstimmung zwischen

Schulen und der Jugendberatungsstelle gearbeitet werden, da viele Aufgaben (z.B. Bewerbungstraining) bereits durch die Lehrer an den Schulen wahrgenommen werden und damit bereits jeden Schüler erreichen. Ein Hauptaugenmerk muss darauf gelegt werden, Jugendliche mit besonderem Förderbedarf durch speziell auf sie abgestimmte Maßnahmen zu erreichen. Er empfiehlt die Zusammenarbeit mit der auf Kreisebene arbeitenden *Arbeitsgruppe Berufswahlorientierung*, in die jede Hauptschule einen Lehrer entsendet.

Herr Hastrich führt aus, dass auch über das Thema Jugendberatung hinaus angestrebt wird, Kooperationsformen zwischen Schule und Jugendhilfe weiter zu entwickeln und Synergieeffekte weitestgehend zu nutzen.

Herr Hoffstadt spricht die Mitte des Jahres 2001 vorgelegte Statistik an, nach der 300 junge Menschen bis zum Alter von 25 Jahren arbeitslos sind. Im Sinne einer Optimierung von Aufgaben und Verschiebung von Schwerpunkten ist zu fragen, wie viele junge Leute dieses Personenkreises durch das beschriebene System erfasst werden.

Hierzu führt Herr Hastrich aus, dass es neben den gemeldeten Arbeitslosen auch eine Dunkelziffer gibt, die demzufolge nicht erfasst ist. Deshalb ist es schwierig einen Prozentsatz anzugeben, wie viele Personen des Personenkreises erreicht werden.

Frau Wöber-Servaes spricht die Maßnahme „MfBA“ – *Maßnahmen zur Förderung der betrieblichen Ausbildung insbesondere in ausländischen Betrieben im Rheinisch-Bergischen Kreis* an. Frau Eren hat in diesem Zusammenhang bei 95 Betrieben Gespräche geführt, die die Einrichtung von nur sieben Ausbildungsstellen zur Folge hatten.

Herr Hoffstadt ist der Auffassung, dass ein Leitbild dahingehend formuliert werden sollte, dass kein arbeitsloser junger Mensch unter 25 Jahren von Angeboten der Jugendberatung unerreicht bleiben soll.

Herr Broch bestätigt, dass es kaum Jugendliche gibt, die sich einer Beratung entziehen, wenn Betreuung vor Ort angeboten werden kann.

Im Übrigen wird die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis genommen.

<-@  
11 **Fortsetzung der Vereinbarung bezüglich der Aufgabenwahrnehmung im Bereich der Suchtprävention und der Sexualpädagogik**

@-> Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

<-@  
12 **Anregung vom 31.05.2001, aus Gründen des Jugendschutzes keine städtischen Werbeflächen mehr für Tabakwerbung zur Verfügung zu stellen**  
**Antragsteller: Prof. Dr. med. Ekkehard Schulz, Hungenberg 29, 51429 Bergisch Gladbach und 60 Mitunterzeichner/innen**

@-> Herr Zenz führt aus, dass es im Jahre 1998 eine Jugendbefragung zum Thema „Was ist wichtig in Ihrem Leben?“ durchgeführt wurde. Dabei gaben rd. 20% der Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren an, dass Zigaretten ein sehr wichtiger Bestandteil

ihres Lebens sind.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) fasst einstimmig ohne Enthaltung folgenden

**Beschluss:**

<-@

@-> Der Jugendhilfeausschuss (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) schließt sich inhaltlich dem einstimmigen Beschluss des *Ausschuss für Anregungen und Beschwerden* an:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in Gesprächen mit der *Kölner Außenwerbung* und der *MOPLAK GmbH* zu prüfen, inwieweit bereits heute auf eine Tabakwerbung im Bereich von öffentlichen Flächen generell verzichtet werden kann.
2. Die Verwaltung wird gebeten, bei Abschluss von Folgeverträgen mit Werbefirmen ein Werbeverbot für Tabak von vorneherein mit zu berücksichtigen.

<-@

**13 Antrag der Fraktion KIDitiative vom 18.06.2001 zur Vermietung des Ratskellers des Rathauses Bergisch Gladbach als a) Raum für private Feiern und b) Proberaum für Musikgruppen**

@-> Für die Fraktion KIDitiative als Antragstellerin führt Herr Neuheuser aus, das bei der Behandlung des Antrags oft die Nutzung des Ratskellers als Proberaum für Musikbands in den Vordergrund gestellt würde. Dies ist jedoch nur ein Anliegen des Antrags, denn die Nachfrage nach Proberäumen kann auch durch die zwei im Bau befindlichen Proberäume in Paffrath nicht gedeckt werden.

Der Antrag der Fraktion KIDitiative sei jedoch weitergehender zu verstehen und thematisiert, dass es im Stadtgebiet problematisch ist, nach 22 Uhr private Feiern mit lauter Musik durchzuführen.

Frau Schöttler-Fuchs kritisiert, dass erst ein Gutachten klären soll, ob der Ratskeller als Proberaum geeignet ist. Durch eine einfache Probe durch eine Musikband könnte die Lärmbelästigung leicht festgestellt werden. Sie ist dadurch bereits minimiert, dass die Nutzung erst nach 17 Uhr stattfinden soll, wenn das Rathaus meist nicht mehr genutzt würde. Der Montag als Sitzungstag der Fraktionen könnte als Probentag generell ausgeschlossen werden.

Herr Kotulla weist darauf hin, dass über die Nutzung des Ratskellers der Rat zu entscheiden hat. Eine Neigung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses zu einem bestimmten Nutzungskonzept ist für ihn derzeit nicht erkennbar. Die gültige Beschlusslage sieht vor, wieder einen Gastronometrieb zu eröffnen, falls sich ein Pächter findet.

Herr Hoffstadt regt an, den zurzeit leerstehenden Ratskeller Musikbands zur Zwischennutzung anzubieten, bis der Rat über eine anderweitige Nutzung entschieden hat.

Die Verwaltung sagt zu, die Möglichkeit zu prüfen.

<-@

@->

<-@

**14 Anfragen der Ausschussmitglieder im Bereich Jugend -öffentlicher Teil-**

@-> Anfragen werden von den Ausschussmitgliedern nicht gestellt.

Frau Bendig schließt den öffentlichen Teil der Sitzung des Jugendhilfeausschusses (Jugendhilfe- und Sozialausschuss) – Bereich Jugend um 18:21 Uhr.

<-@